

Newsletter 28

April 2020

Liebe Mitglieder der GGG, liebe Freundinnen und Freunde des gemeinsamen Lernens!

Schule in Zeiten der Corona-Krise

Mit diesem Newsletter wenden wir uns an Sie in einer ganz besonderen Zeit. Die Umstellung der Bildung und des Lernens auf das sogenannte Homeschooling lässt grundlegende Probleme des Bildungswesens wie durch ein Brennglas deutlich werden. Sie zeigen, wie unterschiedlich Schulen und Lehrer*innen mit dieser außerordentlichen Herausforderung umgehen, welche Vorstellung von Lernen dem zugrunde liegen und wie stark sie auf das Vorhandene, wie stark sie auf die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler setzen können. Die digitale Kommunikation mag eine gute Unterstützung sein, sie wird jedoch von Schule zu Schule, von Lehrer zu Lehrer sehr unterschiedlich kompetent genutzt.

Momentan stellt sich (noch) nicht die Frage, wie wir in Zukunft lernen wollen. Sie wird noch gestellt werden müssen und in den nächsten Monaten möglicherweise auch drängender werden. Die Tür für neue Lösungen und Denkansätze steht weit auf. Hier darf man auf eine Debatte hoffen.

Die gegenwärtige Situation wirft aber auch unter neuen Vorzeichen die Frage der Bildungsgerechtigkeit auf, denn mit dem Homeschooling verstärkt sich die Bildungsbenachteiligung vieler Kinder und Jugendlicher, die nicht auf der „Sonnenseite“ stehen. Hiervon zeugen viele aktuelle Veröffentlichungen. Zwei davon finden Sie in diesem NL. Sie machen deutlich, wie sehr heute die Schule als sozialer Ort, als Ort der Verständigung und der Bildung fehlt.

Der Landesvorstand und die Sprecher*innen der Vereinigung der Stadtteilschulleiter in der GGG haben in dem nachfolgenden Papier diese Fragen aufgenommen und gleichzeitig damit Forderungen und Anstöße für die Gestaltung der kommenden Schulwochen an die Öffentlichkeit formuliert. Wir raten zu einem radikalen Umgang mit der Situation und empfehlen, aus der Routine von Prüfungen, Noten, Abschlüssen und einseitiger Fachbezogenheit auszubrechen.

Wir hoffen auf Ihr Interesse und freuen uns über Resonanz.

Ihr Landesvorstand

IN DIESEM NEWSLETTER

<u>Stellungnahme der GGG—Anstöße und Forderungen an die Schulen und die Politik</u>	2
<u>Offener Brief an die KMK</u>	4
<u>Petition an den Bundestag</u>	6
<u>Neue Vereinszeitschrift</u>	7



7 gute Gründe für Ihre Mitgliedschaft

Hier finden Sie das Aufnahmeformular:

www.ggg-web.de

**Werden Sie noch heute
persönliches oder korporatives
Mitglied bei uns!**



Landesvorstand der GGG Hamburg, Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Anne Volkmann

Christiane Albrecht

Helga Wendland

Birgit Xylander

Anna Ammon

Uwe Timmermann

Barbara Riekman

Der GGG Landesvorstand Hamburg und die Sprecher*innen der Vereinigung der Stadtteilschulleiter in der GGG haben sich mit den Anforderungen an Schule in Zeiten der Corona-Krise befasst und folgende Stellungnahme erarbeitet.

Schule in der Corona Krise

– Anstöße und Forderungen der GGG an die Schulen und die Politik

Wir alle stehen vor einer für uns neuen und sehr herausfordernden Situation. Und für uns alle ist es schwierig, unter Abwägung aller Folgen immer die notwendig richtigen Maßnahmen zu treffen. Deswegen war die GGG auch ausgesprochen erfreut über die empathischen und ermunternden Worte des Schulsenators an die engagierten Hamburger Lehrer*innen.

Etlliche Umfragen und Erfahrungsberichterstattungen machen deutlich, dass die Schulen des gemeinsamen Lernens zum Teil hervorragende Wege gefunden haben, ihre Schüler*innen zu stärken und zu fördern. Sie konnten dabei auf ihre Kompetenz im Umgang mit heterogenen Lerngruppen, ihre Erfahrungen mit schülerzentrierten Lernansätzen und dem Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes zurückgreifen und diese zum Teil noch weiterentwickeln. Dies bestärkt die GGG in ihrer Überzeugung, dass die Schulen des gemeinsamen Lernens in der Lage sind, mit ihrer Pädagogik der Vielfalt den Zukunftsaufgaben gerecht zu werden.

Stadtteilschulen sind inklusive Schulen. Sie haben sich auf die Fahnen geschrieben, jedem einzelnen Kind und Jugendlichen die individuell bestmöglichen Lernchancen zu öffnen.

Wir erfahren, dass die Krise die soziale Spaltung in der Stadt vertieft und Kinder aus bildungsbenachteiligten Schichten nicht im erforderlichen Umfang Zugang zu den schulischen Angeboten und aufgrund der häuslichen Situation stark beeinträchtigende Möglichkeiten der Bearbeitung hatten.

Dieses vorausgeschickt, möchte die GGG zu den **folgenden vier Themenfeldern** Anregungen geben bzw. Forderungen stellen. Die Lösungen, die jetzt für die schrittweise Rückkehr in die Schule gefunden werden, müssen nicht nur tragfähig bis zu den Sommerferien sein. Es ist davon auszugehen, dass sie über Monate hinweg Geltung haben werden.

Viele der Maßnahmen und Planungen der BSB zur Wiederöffnung der Schulen teilt die GGG.

1. Pädagogik in der Krisenzeit: „Denn wir erfinden unter schwierigen Bedingungen ein neues Schulsystem, und da ist Sorgfalt wichtig“ (Senator Rabe ¹)

Wir sehen es ebenso: Es gilt, die Krise und ihre Beschränkungen kritisch konstruktiv zu wenden und nach **alternativen Formen von persönlicher und fachlicher Bildung** in dieser besonderen Situation zu suchen. Gerade deshalb ist nicht nachvollziehbar, warum „alte“ Deutungs- und Handlungsmuster die derzeitigen Lösungen dominieren: Wenn zuerst die Prüfungsjahrgänge, dann die Auslese- und Übergangsjahrgänge (Jahrgang 4 und insbesondere der Jahrgang 6 der Gymnasien) an die Schulen zurückkehren, müssen Schüler*innen anderer Jahrgänge – gerade auch jene in besonderen Lebenslagen – warten, obwohl wir wissen, wie stark die Krise die Bildungsungerechtigkeit verstärkt.

¹ am 17.4. in einer Presseerklärung der BSB

Es wäre jetzt wichtig auszuwerten, welche positiven lernförderlichen Erfahrungen Pädagog*innen und Schüler*innen mit dem Unterricht zu Hause gemacht haben und welche bedeutsamen Hindernisse aufgetreten sind. Es wäre gut, sichtbar zu machen, was auch die Kinder und Jugendlichen in den vergangenen Wochen geleistet haben. Sie haben vieles bewältigt und das Leben mitgestaltet.

Die starke Konzentration auf die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch verkennt, dass gerade jetzt eine ganzheitliche Bildung gefordert ist. **Die Schüler*innen benötigen jetzt ihre Schule auch und besonders als sozialen Ort.** Primär gilt es, Strukturen und Prozesse zu schaffen, die Schüler*innen und Elternhäuser psychisch und sozial entlasten. Das erfahren Schüler*innen durch das Erleben von Gemeinschaft, durch das Teilen von Ängsten und Hoffnungen wie auch durch das kooperative Entdecken ihrer Umwelt und ihre persönlichen Fähigkeiten und Stärken. **In den Mittelpunkt des schulischen Lernens und Lebens gehören nicht nur die kognitiven Anforderungen der Kernfächer, auch musisch-künstlerische, forschende und sportliche Anforderungen sind gerade jetzt wichtig.** Es geht auch darum, **außerschulisches** Lernen zu bestärken, z.B. kulturelle Einrichtungen wie Museen, Konzerthallen, Theater, die der Öffentlichkeit derzeit nicht zugänglich sind, zu nutzen.

Ein zivilgesellschaftliches Engagement, wie vom Grundschulverband vorgeschlagen, wäre für die Schulen sehr unterstützend. Dazu könnten auch Sozialverbände, Jugendverbände usw. mit ins Boot geholt werden.

2. Zur pädagogischen und organisatorischen Gestaltung des schrittweisen Einstiegs in das Schulleben

Gerade jetzt müssen pädagogische Situationen geschaffen werden, die bei allen räumlichen und hygienischen Erfordernissen das intensive Gespräch, die lebendige Auseinandersetzung, auch Bewegung im Klassenraum und kreatives Lernen ermöglichen. Mit der Vorgabe „halbe Klasse“ geht die Behörde in eine richtige Richtung. Zuweilen braucht es aber auch noch kleinere Gruppen (höchstens 6 bis 8 Schüler*innen), um vertieft ins Lernen zu kommen und gleichzeitig Abstand zu wahren. Nöte und Sorgen müssen im Vordergrund stehen dürfen, häusliche Hindernisse und Probleme müssen kompensiert werden. Das braucht Raum und Zeit. Aus unserer Sicht sollten deshalb die Schulen von der Vorgabe halbierte Klassen in Rücksprache mit Schüler*innen und Eltern und konzeptionell begründet abweichen dürfen. Es geht um die Intensität der pädagogischen Beziehungsarbeit, die vor allem jetzt für die Stadtteilschulen konstitutiv ist. Ein besonderes Augenmerk sollte hierbei auf die Schulen mit dem Sozialindex 1 und 2 gelegt werden, deren Schülerschaft ein wenig lernförderliches häusliches Umfeld hat und umso mehr die Unterstützung der Pädagog*innen benötigt. Beim schrittweisen Einstieg in das Schulleben sollten diese Schüler*innen Vorrang haben.

Bei allen zu treffenden Entscheidungen soll aus Sicht der GGG die Abmilderung der derzeit sich zuspitzenden Bildungsbenachteiligung Maßstab des Handelns sein. Nicht jeder braucht gleich viel! Die begrenzten Personalressourcen sollten deshalb so eingesetzt werden, dass dem vorgenannten Grundsatz gefolgt werden kann.

3. Prüfungen – Zeugnisse – Abschlüsse

Um die Personalressourcen im Sinne der oben genannten pädagogischen Erfordernisse besser zu bündeln und zu fokussieren, plädiert die GGG dafür, Prüfungen, Zeugnisse, Klassen- und Schulformwechsel in der bisherigen Form zum Schuljahresende auszusetzen.

3.1. Prüfungen: Hamburg setzt die bundesweiten Vereinbarungen zur Abnahme des Abiturs für die jungen Erwachsenen um. Eine solches Erfordernis gibt es für den ersten und mittleren Schulabschluss nicht. Wir wissen, dass die bildungsbenachteiligten Jugendlichen weitaus schlechter vorbereitet in die Prüfungen hineingehen und die Schere in den letzten Wochen weit auseinander gegangen ist. Die wenigen verbleibenden Schultage zur Vorbereitung werden dies nicht kompensieren können. Mit den Prüfungen werden zudem gerade in den nächsten sechs Schulwochen bis zu den Sommerferien (so knapp ist die Zeit!) sehr viele Personalressourcen gebunden. Sie fehlen für die wesentliche Aufgabe, die jetzt ansteht – die pädagogische Betreuung der Schüler*innen! Wie vor Einführung der Prüfungen in den 2000er Jahren kann auf Jahresnoten zurückgegriffen werden. Präsentationen, der Situation angepasste schriftliche Arbeiten können ergänzend und zur Notenverbesserung herangezogen werden. **Berlin und NRW haben es in diesen Tagen vorgemacht. Es geht auch ohne Prüfungen!**

3.2. Zeugnisse in der bisherigen Form zum Jahresende entbehren jeglicher pädagogischen Legitimation. Auch würden sie in einem beträchtlichen Ausmaß wertvolle personelle Ressourcen binden. **Wir plädieren dafür, dass mit Ausnahme von Abgangs- und Abschlusszeugnissen auf Jahreszeugnisse in der bisherigen Form verzichtet wird.** Alternativen sind möglich. So könnten an die Stelle von Noten auf der Basis des Halbjahreszeugnisses Berichte der Lehrer*innen als Rückmeldeform an die Schülerinnen und Schüler treten (zum Homeschooling, zum Wiedereinstieg in die Schule bis zu den Sommerferien...). Die Schüler*innen, aber auch die Eltern sollten das Recht haben, die Berichte zu kommentieren und zu ergänzen. So entsteht ein lebendiger Dialog aller Beteiligten, der Selbstreflexion und Selbstwirksamkeit ermöglicht und die derzeitige krisenhafte Situation, insbesondere die häuslichen Situationen, berücksichtigen hilft.

.2. **Zeugnisse** in der bisherigen Form zum Jahresende entbehren jeglicher pädagogischen Legitimation. Auch würden sie in einem beträchtlichen Ausmaß wertvolle personelle Ressourcen binden. **Wir plädieren dafür, dass mit Ausnahme von Abgangs- und Abschlusszeugnissen auf Jahreszeugnisse in der bisherigen Form verzichtet wird.** Alternativen sind möglich. So könnten an die Stelle von Noten auf der Basis des Halbjahreszeugnisses Berichte der Lehrer*innen als Rückmeldeform an die Schülerinnen und Schüler treten (zum Homeschooling, zum Wiedereinstieg in die Schule bis zu den Sommerferien...). Die Schüler*innen, aber auch die Eltern sollten das Recht haben, die Berichte zu kommentieren und zu ergänzen. So entsteht ein lebendiger Dialog aller Beteiligten, der Selbstreflexion und Selbstwirksamkeit ermöglicht und die derzeitige krisenhafte Situation, insbesondere die häuslichen Situationen, berücksichtigen hilft.

3.3. Verzicht auf Abschulen und Sitzenbleiben: Aus den vorgenannten Gründen sollte auf das Sitzenbleiben vollständig verzichtet werden. Auch die Abschulung vom Gymnasium in die Stadtteilschulen ist nicht angemessen. Es fehlen nicht nur die Grundlagen hierfür, es sollten auch andere pädagogische Prinzipien in dieser krisenhaften Zeit für Kinder und Jugendliche im Vordergrund stehen. Leistungsdruck und Angst dürfen in den nächsten Wochen und Monaten nicht den Unterricht und das Leben der Schüler*innen bestimmen, nur um die herkömmlichen Übergänge im Bildungssystem in der hergebrachten Form zu sichern. **Andere Bundesländer, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und NRW haben bereits entschieden, dass es anders sein soll. Sie verzichten auf das Sitzenbleiben und auf Entscheidungen zum Schulformwechsel.**

4. Vertrauen in die Kompetenz der Schulen stärken

Schon jetzt stellt die BSB den Schulen frei, wie sie einen Block- oder Schichtunterricht organisieren. Das ist gut so, denn nur unmittelbar vor Ort können die adäquaten, an den Schülerbedürfnissen ausgerichteten Entscheidungen getroffen werden, ohne dass damit die Steuerungserfordernisse durch die Behörde außer Kraft gesetzt werden. **Klare Vorgaben und deutliche Spielräume stärken die Verantwortung vor Ort an den Schulen.** Jede Schule hat ihre eigenen Bedingungen, kann möglicherweise auf Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen zurückgreifen, kann einschätzen, wer und in welchem Umfang für zivilgesellschaftliches Engagement befragt und herangezogen werden kann. Die Aufgaben der Schulen sind außerordentlich herausfordernd. Hierfür brauchen sie Vertrauen, Unterstützung und Ermutigung.

Cornelia von Ilsemann und Siegfried Arnz initiieren mit vielen weiteren Erstunterzeichnern einen offenen Brief an die KMK. Hier ihre Pressemitteilung und der Brief.

Die Schulschließungen während der Corona Krise haben die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland verstärkt. Dazu hat es in der Öffentlichkeit inzwischen vielfältige Berichte und Kommentare gegeben. In einem offenen Brief an die Kultusministerkonferenz wird dies von renommierten Wissenschaftler*innen, erfahrenen Expert*innen und engagierten Schulleitungen aus dem Preisträger Netzwerk des Deutschen Schulpreises thematisiert. Sie appellieren an die Minister*innen, bei der schrittweisen Öffnung der Schulen vorrangig denjenigen Schülern*innen den Schulbesuch zu ermöglichen, die in den letzten Wochen aus unterschiedlichen Gründen mit den Lernangeboten der Schulen in ihrem häuslichen Umfeld nicht oder kaum erreicht wurden.

In der öffentlichen Diskussion wird erstmals seit vielen Jahren wieder deutlich, dass der Schulbesuch ein hohes Gut ist, vor allem als Lernmöglichkeit, aber auch als Betreuungsangebot. Wenn dieses öffentliche Gut rar wird, weil nicht alle Schüler gleichzeitig zur Schule gehen können, sollte diese Chance vor allem denjenigen gegeben werden, die Unterstützung besonders dringend nötig haben. Die Auswahl der Schüler/innen sollte den Lehrkräften anvertraut werden. Sie wissen am besten, wen sie in den letzten Wochen mit ihren Angeboten nicht erreicht haben. Entscheidend ist dabei die Freiwilligkeit der Teilnahme. Denn: es geht nicht darum, wer zur Schule gehen muss, sondern darum, wer gehen darf! Rechtlich kann dies als eine Ausweitung der „Notfallbetreuung“ bewertet werden. Der offene Brief hat nicht den Anspruch, alle zukünftig notwendig werdenden Maßnahmen zu beschreiben. Er konzentriert sich auf Lösungen für die aktuelle Situation. Längerfristig sind aus unserer Sicht weitere kompensatorische Maßnahmen dringend geboten, beispielsweise: eine stärkere Individualisierung des Unterrichts, zusätzliche Sommercamps in den Ferien, eine bessere Ausstattung mit W-LAN und vertiefte Ganztagsangebote.



Die Corona Krise ist für alle Schulen und besonders für Eltern und Schüler*innen eine große Herausforderung. Viele haben sie bis jetzt mit hohem Engagement, kreativen Lösungen und viel gutem Willen bewältigen können. Das gilt allerdings nicht für alle: Besonders schwerwiegend wirkt sich die Krise für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Lebensverhältnissen aus. Von Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wird öffentlich die begründete Sorge geäußert, dass diese Schüler*innen „abgehängt“ werden. Es fehlen vielfach nicht nur die erforderlichen digitalen Geräte und der Internetzugang. Vor allem sind die Möglichkeiten der familiären Unterstützung eingeschränkt, denn nicht alle Eltern beherrschen das in Schule geforderte Deutsch und sind vertraut mit den Bildungsinhalten. Seit Wochen fehlen nicht nur die schulischen Lerngelegenheiten, sondern auch die alltägliche deutsche Sprachpraxis. Mit jedem Tag Abstand zur Schule wächst in ihrem Lernstand die Differenz zu denjenigen, die Tag für Tag an den von der Schule vorbereiteten Lernaufgaben arbeiteten, dabei technisch, emotional und fachlich unterstützt von ihren Eltern.

Uns ist bewusst, dass es viele gute Gegenbeispiele gibt: Schulen, die den Kindern die Lernmaterialien vor die Tür bringen, Lehrkräfte, die die Jugendlichen am Handy persönlich beraten etc. Das strukturelle Problem wird dadurch gemildert, aber nicht gelöst.

Deshalb appellieren wir an Sie als verantwortliche Ministerinnen und Minister: Finden Sie eine Lösung, mit der diese Kinder und Jugendlichen bei einer schrittweisen Öffnung der Schulen bevorzugt berücksichtigt werden. Da ohnehin nicht alle Schüler*innen gleichzeitig in die Schule zurückkehren können, sollte zunächst vor allem denjenigen Kindern und Jugendlichen der Schulbesuch ermöglicht werden, die eine besondere Unterstützung benötigen. Sie sollten die Chance bekommen, auch vor der offiziellen Öffnung für alle Schüler*innen in den Räumen der Schule beim Lernen von Lehrkräften betreut zu werden. Eine solche Maßnahme wäre rechtlich eine „erweiterte Notfallbetreuung“, die auf der Freiwilligkeit der Teilnahme beruhen müsste.

Die Pädagog*innen wissen vermutlich recht genau, wen sie in den letzten Wochen mit ihren Lernangeboten nicht oder kaum erreichen konnten, und auch viele Eltern aus benachteiligten Verhältnissen können dies einschätzen. Beratungseinrichtungen und die Jugendhilfe können unterstützen. Mit unserem Vorschlag wären an vielen Schulen kleinere Lerngruppen gesichert. Damit ließen sich die Abstandsregeln einhalten. In manchen Schulen und Stadtteilen wären vermutlich auch ganze Klassen betroffen. Hier wären zeitlich versetzter Unterricht und/oder Unterricht an außerschulischen Lernorten denkbar. Dabei müssten die Verantwortlichen vor Ort mit ihrer Kompetenz und Erfahrung einbezogen werden. Sie kennen die Bedarfe und Möglichkeiten an den Schulen am besten. Das gilt insbesondere auch für Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung. Allerdings brauchen sie dazu unterstützende Rahmenbedingungen.

Manche der Eltern, deren Kinder noch länger nicht die Schule besuchen dürfen, werden eine solche Regelung möglicherweise als Benachteiligung empfinden. Die Maßnahme sollte deshalb für den Zeitraum gelten, bis alle Kinder und Jugendlichen die Schulen wieder besuchen können. Sie bedarf darüber hinaus einer überzeugenden

Kommunikation: Es geht um mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir gehen davon aus, dass eine solche Entscheidung bei vielen Menschen in Deutschland auf hohe Akzeptanz stoßen wird.

Unabhängig von dieser kurzfristigen Maßnahme bedürfen die Kinder und Jugendlichen, die durch ihre gesellschaftlich bedingten Lebensverhältnisse benachteiligt werden, auch mittelfristig weiterhin gezielter Unterstützung und zusätzlicher Lerngelegenheiten. Dafür sollte kurzfristig „nach Corona“ auf positive Erfahrungen und kreative Lösungen einzelner Schulen und der Unterstützungssysteme während der letzten Wochen zurückgegriffen werden.



Prof. Dr. Hans Brügelmann
und weitere Erstunterzeich-
ner*innen starten eine Peti-
tion an den Bundestag

Güterabwägung in der Krise

Chancen eröffnen für neue Bildungsmöglichkeiten statt zurück zur alten Schule – Einreichungstext für die Petition an den Deutschen Bundestag

Welche Form der Vergemeinschaftung kann helfen und welche Form kann schaden?

Sollen Kinder und Jugendliche so schnell wie möglich wieder in die Schule – oder brauchen sie andere soziale Erfahrungen und Bildungsmöglichkeiten?

In den letzten Jahren wurde mehrfach aus bildungsökonomischen Erwägungen heraus versucht, Bildungsprozesse zu beschleunigen (bspw. Bologna, G8). Diese Versuche sind fehlgeschlagen und wurden entweder durch längere Bildungszeiten beantwortet (Bologna) oder

durch den Elternwillen wieder zurückgenommen (Rückkehr zu G9). Volkswirtschaftlich spürbare negative Effekte durch die Verlängerung der Bildungszeiten sind nicht eingetreten. Dennoch wird derzeit bildungspolitisch, gestärkt durch die Dritte Ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina, der Eindruck erweckt, dass es unabdingbar sei, die zeitliche Taktung des Kompetenzerwerbs (insbesondere in den Fächern Mathematik und Deutsch) beizubehalten. Warum nicht die Krise – bzw. die epidemiologischen Beschränkungen – kritisch-konstruktiv wenden und nach alternativen Formen von persönlicher und fachlicher Bildung in dieser besonderen Situation fragen?

Die Vorschläge der Leopoldina zur Vergemeinschaftung sind getragen von dem Versuch einer Aufrechterhaltung des konkurrenzorientierten Kompetenzerwerbs – der dafür zu zahlende Preis ist allerdings psychosozial und pädagogisch zu hoch! Denn wir müssen die Frage stellen: Welche Ressourcen benötigen Kinder, um aus dieser Krise nicht beschädigt, sondern gestärkt herauszugehen? Kinder müssen die sie umgebende Welt verstehen, sie muss für sie handhabbar sein und bedeutsam – im Sinne der Salutogenese! Inwiefern sich dafür primär Inhalte aus Mathematik und Deutsch eignen und ob die gewohnten Formen schulischen Unterrichts der beste Weg sind, muss kritisch geprüft werden.

Anstatt starr an den in den letzten Jahren etablierten Leistungsstandards der KMK als gleichen Zielen für alle zum gleichen Termin festzuhalten, ist die Pädagogik in dieser Krise in der Pflicht, Strukturen und Prozesse zu schaffen, die Schülerinnen und Schüler psychisch und sozial entlasten. Entlastung und Bildungsmöglichkeiten erfahren Schülerinnen und Schüler durch das Erleben von Gemeinschaft, durch das Teilen von Ängsten und Hoffnungen wie auch durch das kooperative Entdecken ihrer Umwelt und ihrer persönlichen Fähigkeiten und Stärken. Leistungsdruck und Angst dürfen in den nächsten Monaten nicht den Unterricht und das Leben der Schülerinnen und Schüler bestimmen, nur um die herkömmlichen Übergänge im Bildungssystem in herkömmlicher Form zu sichern. Die Schülerinnen und Schüler müssen gerade in diesen Wochen wieder die Chance bekommen, gemeinsam mit den anderen lernen und leben zu können. Modelle, wie die von der Leopoldina vorgeschlagenen, in denen 15 Schülerinnen und Schüler mit Mundschutz in sozialem Abstand primär auf Fachinhalte zentriert werden sollen, halten wir für fragwürdig. Wir plädieren für kreative Lösungen, die von der Zivilgesellschaft, der Praxis und der Wissenschaft gemeinsam entwickelt werden, um die Ressourcen in unserer Gesellschaft bestmöglich zum Wohle der Schülerinnen und Schüler zu nutzen.

So lange es von Virologen als unverantwortlich betrachtet wird, dass Schulen wieder wie gewohnt geöffnet werden, könnte man so etwa alternativ auch über die Bildung von kontinuierlichen kleinen Lerngruppen (zivilgesellschaftlich organisierten Lernzirkeln) nachdenken, die in einem häuslichen Umfeld, möglicherweise auch digital unterstützt, zusammen lernen. Dort, wo die familiären Bedingungen dafür nicht gegeben sind, müssen diese Kleingruppen in Schulen organisiert werden.

Kompensatorisch sollen alle öffentlichen Bildungseinrichtungen für diejenigen Kinder, die nicht in einer solchen Krisengemeinschaft organisiert werden können, in den dadurch entlasteten Räumlichkeiten Alternativangebote in 5er-Gruppen organisieren. Dort finden soziales Lernen und Bildungsangebote in der Logik von Ferienschulen statt, die kulturelle Angebote unterbreiten und die miteinander die psychosoziale Stabilität wiederherstellen.

Es erscheint uns geboten, diese zivilgesellschaftliche Ressource für die gesamte Gemeinschaft zu nutzen. Indem Familien, die hierzu in der Lage sind, solche zivilgesellschaftlich organisierten Lernzirkel bilden, werden Kapazitäten (sowohl räumlich als auch personell) frei, um die Schülerschaft und diejenigen Familien zu unterstützen, die dazu nicht in der Lage sind.

Um im Moment dieser Krise Prozesse und Strukturen von schulischer Bildung grundlegend mit Blick auf die psychosoziale Integrität der Schülerinnen und Schüler zu überdenken, muss ein alternativer Maßnahmenkatalog zu dem der Leopoldina entwickelt werden. Wir fordern den Bundestag dazu auf, hierzu eine Kommission einzurichten, die Maßnahmen entlang der Maxime einer Güterabwägung mit dem prioritären Ziel der psychosozialen Integrität der Schülerinnen und Schüler entwickelt. Ein solcher Impuls von der Bundesebene könnte von der Zivilgesellschaft und den Landesbehörden aufgenommen werden, die dann die lokalen Schulbehörden beauftragen, um gemeinsam mit den Kommunen, Schulen und Schulträgern Lösungen vor Ort zu suchen und die Lehrkräfte sowie alles im Bildungssystem tätige pädagogische Personal dabei zu unterstützen. Der Gordische Knoten muss zerschlagen werden: Nicht eine Vergemeinschaftung über die Optimierung eines eng fachbezogenen Kompetenzerwerbs, sondern die Frage, wie wir die psychosoziale Gesundheit und optimale Bildungsmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler gemeinschaftlich erreichen können, muss aktuell pädagogisch handlungsleitend sein!

Wir freuen uns über mehr als 150 Erstunterzeichner*innen (siehe: <http://gueterabwaegung-in-der-krise.de/>). Unterstützen auch Sie die Petition

IN EIGENER SACHE

DIE SCHULE für alle 2020 - 0

Die neue GGG - Zeitschrift



Themen:

- **Bundeskongress 2019**
- **„Die Schule als gesellschaftsbildende Kraft“**
- **50 Jahre GGG**

Diese Ausgabe ist auf der Website der GGG - Bund veröffentlicht.
Link siehe unten

Kennen Sie schon unsere Website? Schauen Sie doch mal rein.

Hamburg: www.hh.ggg-web.de

Bund: <http://www.ggg-web.de/>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, [klicken Sie bitte hier](#).

Fragen oder Kommentare? Schicken Sie uns eine E-mail ggg.landesverband@hamburg.de